Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Eichsfeld
Die Landrätin
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt

Gesundheitsamt
Telefon 03606 / 650 5301
E-Mail gesundheitsamt@kreis-eic.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landkreis Eichsfeld
An den Datenschutzbeauftragten
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt

Telefon 03606 / 650 1060
E-Mail datenschutz@kreis-eic.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Das Gesundheitsamt des Landkreises Eichsfeld verarbeitet Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung und erfüllt somit die Vorgaben zur Nachweiserbringung über eine Immunität gegen Masern bei Bestandspersonal und Neueinstellungen, sowie Betreuten und Untergebrachten in Einrichtungen gem. §20 IfSG.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung durch das Gesundheitsamt des Landkreises Eichsfeld stützt sich insbesondere auf die Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes gemäß § 20 IfSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe i) DS-GVO, § 22 Abs. 1 Buchst. c) Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie § 16 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 5 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern nur soweit dies erforderlich ist:

innerhalb des Verantwortlichen:
Finanzverwaltung,
Rechts- und Ordnungsamt,

Auftragsverarbeiter:
Fachsoftware Dienstleister

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
Arzt,
Arbeitgeber (Einrichtung gem. § 20a Abs. 1 IfSG)
Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz),
Gerichte

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die zur Umsetzung des Masernschutzgesetzes gespeicherten Daten werden gem. § 11 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 ThürArchivG nach Ablauf von 30 Jahren gelöscht.

Im Meldeportal werden die Daten nach Abruf durch das zuständige Gesundheitsamt gelöscht.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 20 bis 21 DS-GVO und bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt grundsätzlich nicht auf Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO (siehe Ziff. 4 Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung).

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
www.tlfdi.de

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Wer in einer Einrichtung gemäß § 20 IfSG beschäftigt ist oder betreut wird oder untergebracht ist, ist gesetzlich zur Mitwirkung und Bereitstellung von personenbezogenen Daten verpflichtet. Das bedeutet, dass die

Person alle zur Klärung des Sachverhaltes relevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Daten, die Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählt auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, bspw. in Form von Nachweisdokumenten. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus § 20 IfSG. Im Falle der Nichtbeachtung können Bußgelder gem. § 73 Abs. 1a Nr. 7h IfSG verhängt oder Verbote gem. § 20a Abs. 5 Satz 3 IfSG ausgesprochen werden.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.